

Die richtigen Dinge in den Blick nehmen

Eine Erwiderung zum Papier von Stefan Brangs, MdL: „Zwischen Volkspartei und ‚kleinem‘ Koalitionspartner – Anspruch, Wirklichkeit und Perspektive der sächsischen Sozialdemokratie“.

Diskussionsbeitrag

Vorbemerkung

Mit seinem Papier „Zwischen Volkspartei und ‚kleinem‘ Koalitionspartner – Anspruch, Wirklichkeit und Perspektive der sächsischen Sozialdemokratie“ (kurz: Diskussionspapier) hat Stefan Brangs in der Partei eine Diskussion angestoßen über viele uns bewegende Fragen. Es geht im Kern darum, wie sich die SPD in Sachsen strategisch und konzeptionell für die nächsten Jahre aufstellen soll und vor allem, wie wir die Beteiligung an der Regierungsverantwortung im Freistaat auch zu einem politischen Erfolg für uns gestalten können.

Diese Diskussion ist in der Tat überfällig. Mit der erstmaligen Regierungsbeteiligung nach 14 Jahren hat sich für die sächsische SPD ein fundamentaler Rollenwechsel vollzogen. Stand nach diesem Einschnitt zunächst die kurzfristige Bewältigung der neuen, mit der Regierungsbeteiligung verbundenen Aufgaben im Vordergrund, ist es nun an der Zeit, sich strategischen, inhaltlichen und organisatorischen Fragen zur Zukunft des Landesverbandes zuzuwenden und falls nötig, Veränderungen einzuleiten. Die von Stefan Brangs angestoßene innerparteiliche Diskussion ist deshalb notwendig und richtig.

Allgemeine Fragen im Diskussionspapier

Das Diskussionspapier formuliert neben zutreffenden Befunden und Fragen auch eine Reihe von allgemeinen Thesen, die für sich genommen eigentlich eine separate inhaltliche Befassung und Auseinandersetzung erfordern. Dies soll und darf hier jedoch nicht im Vordergrund stehen. Denn es geht in diesen Tagen schließlich nicht um die Diskussion zu allen möglichen Dingen, sondern um das Finden von Antworten auf die tatsächlichen Fragen zum Zustand der Partei. Dennoch sollen an dieser Stelle auch jene Thesen wenigstens markiert werden, die zwar nicht im Mittelpunkt stehen, aber Gegenstand einer kritischen Auseinandersetzung sein könnten.

Zu diesen streitigen, allgemeinen Thesen gehören unter anderem:

- Der Begriff einer „sächsischen Sozialdemokratie“, der offensichtlich als Gegenstück zum Begriff SPD-Landesverband Sachsen fungiert.
- Die These von der Chance zur „Etablierung als Volkspartei“ und die Frage, ob es in Ostdeutschland seit 1990 überhaupt Volksparteien gibt.
- Die einseitige Interpretation und unkritische Bewertung der Auffassungen des Parteienforschers Franz Walter. Ausweislich des SPIEGEL 28/2005 sieht Walter übrigens in einer Annäherung der SPD an den Kurs der PDS „das Parteienverständnis der siebziger Jahre“ und empfiehlt den Sozialdemokraten, „die Abgehängten, die Verlierer, die Ängstlichen“ der Linkspartei zu überlassen.
- Die These, wonach Parteien immer und ausschließlich als Interessenvertreter bestimmter Klassen, Schichten oder Gruppen fungieren und die SPD dieses (Partikular-) Interesse verloren habe.

Noch wenig überzeugende Lösungen

Im weiteren Text des Diskussionspapiers werden eine Vielzahl von innerparteilichen Problemen zutreffend beschrieben und berechtigte Fragen formuliert. Das gilt insbesondere für den zweiten Teil „Strukturelle Defizite der SPD in Sachsen“. Die in den Schlusskapiteln vorgeschlagenen inhaltlichen und organisatorischen Lösungen erscheinen als nur zum Teil mit den aufgeworfenen Fragen verbunden. Eine erläuternde Präzisierung ist unterblieben.

Im Zentrum der Lösungsvorschläge stehen (siehe Vorwärts-Regional Juli/2005) vier verschiedene Vorschläge:

1. Die Einführung eines politischen Geschäftsführers, der in der Lage ist, für die Partei auf Landesebene zu sprechen.
2. Die (wieder) stärkere Befassung der Gremien wie Landesvorstand und Landesparteirat mit strategisch-programmatischen Fragen. Sie sollen sich als Plattform für Themen und Inhalte verstehen.
3. Die Organisation eines Zukunftskongresses zur strukturellen und inhaltlichen Neuausrichtung der Partei (Sachsen 2020).
4. Eine Imagekampagne zur Mitgliederwerbung.

Gemessen an den beschriebenen Problemen sind die meisten dieser Vorschläge wenig überzeugend. Es erschließt sich dem Leser nicht, auf welche Weise sie tatsächlich zur Lösung der angesprochenen Defizite beitragen können.

Da Veränderungen jedoch nicht nach dem Prinzip „Versuch und Irrtum“ eingeführt werden können, ist eine kritische Diskussion dieser Vorschläge legitim und geboten. Gleichzeitig stellt sich selbstverständlich die Frage nach den Alternativen.

Die richtigen Dinge in den Blick nehmen.

Vor einer kritischen Auseinandersetzung mit den im Diskussionspapier enthaltenen Vorschlägen muss eine Verständigung über die Defizite der Partei und über die vor uns liegenden Herausforderungen stehen. Erst dann stellt sich die Frage, nach passfähigen Lösungen.

Der SPD-Landesverband Sachsen hat erkennbare Defizite auf organisatorischem, auf inhaltlichem und auf kommunikativem Gebiet, zu denen Lösungen entwickelt werden müssen. Am einfachsten erscheint dabei zunächst eine Verständigung über die organisatorischen Fragen.

Organisatorische Defizite sind im Landesverband Sachsen keine neue Erscheinung. Auch kennt man die organisatorische Schwäche in ähnlicher Form nicht nur bei uns, sondern in allen ostdeutschen Landesverbänden. Frühere Initiativen zur Reaktivierung des Landesverbandes (zum Beispiel das Reformprojekt Mitte der 90er Jahre) haben nicht zum erhofften Erfolg geführt. Dennoch muss der aktuelle negative Befund des organisatorischen Zustands der Partei in Sachsen, gerade auch nach den Erlebnissen des letzten Wahlkampfes, alarmieren. Der Problemsicht im Diskussionspapier kann deshalb nur zugestimmt werden.

Einer der Gründe für die organisatorische Schwäche des Landesverbandes lag in der Vergangenheit auch in der besonderen politischen Konstellation in Sachsen. Der sächsische SPD-Landesverband war die einzige ostdeutsche Gliederung, die mit einer dauerhaften absoluten Mehrheit der CDU konfrontiert wurde, in der sich die Union unter dem damaligen Ministerpräsidenten ein Image als „einzig wahre Landespartei Sachsens“ erwerben konnte. Diese Stärkung der CDU hatte eine spiegelbildliche Schwächung der SPD zur Folge. Innerparteilich wurde der SPD-Landesverband zusätzlich mit einer Vielzahl von offenen oder schwelenden Machtkämpfen konfrontiert (Kunckel/Lersow, Kunckel/Müntjes, Rechts/Links, Leipzig/Dresden, Krehl/Jurk). Dies hat innerparteiliche Kräfte blockiert und die Attraktivität nach außen zusätzlich vermindert. Erst das historische Geschenk der Regierungsverantwortung hat seit 2004 innerhalb der Partei einen erkennbaren Bewusstseinswandel in Gang gesetzt. Der Erfolg der jetzt beginnenden Debatte wird nicht zuletzt davon abhängen, ob es gelingt, an diesen Bewusstseinswandel anzuknüpfen und ihn innerparteilich voranzutreiben.

Auf organisatorischem Gebiet bedarf es deshalb einer neuen Kraftanstrengung, welche die Gliederungen aus ihrer Lethargie holt und in Sachsen eine Entwicklung hin zu einer attraktiven Mitgliederpartei einleitet.

Die Erfolge unserer aktivsten Ortsvereine und Unterbezirke sowie unserer Jugendorganisation können dabei eine wichtige Orientierung sein. In einem Projekt „SPD aktiv“ sollten Erfahrungen zusammengetragen und vermittelt sowie Handlungsanleitungen entwickelt werden. Das Projekt sollte vom Landesvorstand erarbeitet und über den Parteirat in die Gliederungen vermittelt werden. Ein erster Erfahrungsbericht über die Umsetzung des Projektes „SPD aktiv“ könnte auf dem übernächsten ordentlichen Landesparteitag 2007 gegeben werden.

Wer die politische Schlagkraft der SPD ehrlich analysiert, muss zu dem Ergebnis kommen, dass die SPD – jenseits aller inhaltlichen Fragen – auch unter rein organisatorischen Gesichtspunkten nur bedingt kampagnenfähig ist. Dies zeigt sich nicht nur in Wahlkämpfen. Auch im politischen Alltag gelingt es zu selten, erfolgreiche Kampagnen zu inszenieren oder Themen zu besetzen. Und dabei geht es keineswegs nur um die landespolitische Ebene. Auch und gerade auf kommunaler Ebene sind viele Ortsvereine und Unterbezirke mit der Entwicklung und Umsetzung von politischen Aktionen vor Ort häufig überfordert.

In Verbindung mit dem Projekt „SPD aktiv“ sollte deshalb eine breit angelegte, praxisorientierte, innerparteiliche Qualifizierungskampagne gestartet werden.

Die inhaltlichen Defizite des SPD-Landesverbandes Sachsen zu beschreiben, ist etwas komplizierter. Auch der Blick in das Diskussionspapier offenbart zunächst die Notwendigkeit einer Selbstverständigung.

Auf bundespolitischer Ebene befindet sich die Partei inmitten eines inhaltlichen Anpassungsprozesses. Dieser findet, was die Abläufe beschleunigt, aber innerparteilich erschwert, im Zustand gesamtdeutscher Regierungsverantwortung statt. Die tägliche Notwendigkeit, auf veränderte Bedingungen im praktischen Handeln reagieren zu müssen, führt zwangsläufig zu einem Vorauseilen vor der programmatischen Verarbeitung (in unserem Grundsatzprogramm sprechen wir noch immer von einer Welt in der Zeit der 80er Jahre). Diesen Veränderungsprozess haben wir alle in den letzten drei Jahren erlebt, nicht zuletzt auch programmatisch bei der Diskussion, welchen Inhalt der Begriff der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland im 21. Jahrhundert hat. Die SPD steht deshalb im nächsten Jahr vor der Verabschiedung eines neuen Grundsatzprogramms. Es ist selbstverständlich und richtig, dass sich der SPD-Landesverband Sachsen an dieser inhaltlichen Diskussion als Teil der Gesamtpartei beteiligt.

Auf der Ebene der Landespolitik muss bezweifelt werden, ob das vordringliche Problem ein Defizit des SPD-Landesverbandes bei programmatischen Fragen ist.

Vor nicht einmal zwei Jahren hat der Landesverband seine programmatischen Ziele bis zum Jahr 2009 im Wahlprogramm zur Landtagswahl formuliert. Er hat dafür im September 2004 von den Wählerinnen und Wählern einen (partiellen) Regierungsauftrag erhalten und danach einen, innerparteilich offensichtlich unstrittigen, ordentlichen Koalitionsvertrag ausgehandelt. Dessen Umsetzung ist nun unsere wichtigste politische und zugleich inhaltliche Aufgabe.

Die erfolgreiche Umsetzung dieser Aufgabe ist auch strategisch die wichtigste Frage für unseren Landesverband. Denn eines der Hauptprobleme des SPD-Landesverbandes Sachsen ist, dass er noch immer von weiten Teilen der Bevölkerung als typische Oppositionspartei wahrgenommen wird, die sich im Wesentlichen mit sich selbst beschäftigt. Und dies nicht zuletzt aufgrund der immer wiederkehrenden innerparteilichen Richtungsdebatten. Vor diesem Hintergrund wäre es ein schwerer Fehler, ausgerechnet jetzt eine breit angelegte Grundsatzdebatte einzuleiten, anstatt die begrenzten Ressourcen auf die Umsetzung der im Koalitionsvertrag ja bereits angelegten Themen zu konzentrieren. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Menschen dies als Flucht aus der aktuellen Verantwortung interpretieren würden. Wir Sozialdemokraten müssen deshalb deutlich machen, dass wir im Interesse des Landes den Erfolg dieser Regierung wollen.

Die Flucht in andere programmatische Fragen führt uns deshalb nicht weiter, sondern verstellt eher den Blick für das jetzt zuleistende. Der Ruf im Diskussionspapier nach einer „Konzentration der begrenzten Potentiale auf eigene Themen“ (Seite 9) ist zwar völlig richtig, darf sich jedoch inhaltlich nicht in allgemeiner Programmatik verlieren. Was also fehlt, ist nicht die Befassung des Landesverbandes mit neuen mittel- und langfristigen Programmen für den Freistaat, sondern ganz konkret die inhaltliche Umsetzung des Koalitionsvertrages. Es wundert deshalb sehr, dass dieses Thema im Diskussionspapier nur am Rand angesprochen wird.

Der SPD-Landesverband Sachsen wird spätestens im Jahre 2009 den Wählerinnen und Wählern Rechenschaft darüber abzulegen haben, was er in den Jahren seiner Regierungsbeteiligung erreicht hat. Wir werden den ganz konkreten Nachweis zu erbringen haben, dass sich die Regierungsbeteiligung der SPD für die Menschen in Sachsen gelohnt hat und die Politik besser war als unter der absoluten Mehrheit der CDU. Und dieser Nachweis muss durch den kleineren Koalitionspartner SPD für ihn selbst im laufenden Geschäft vorbereitet und erarbeitet werden. Und zwar nicht nur für die Politikfelder, in denen unsere beiden Minister unmittelbar gestaltend tätig sind, sondern, wie sich das für eine Gesellschaftspartei gehört, für die ganze Breite der Landespolitik. Hier liegt deshalb der Kern der inhaltlichen Arbeit des Landesverbandes bis zum Jahre 2009.

Es ist völlig klar, dass bei dieser inhaltlichen Arbeit die Landtagsfraktion eine Schlüsselstellung innehat. Sie ist parlamentarisches Rückgrat der

Regierungsbeteiligung. Aus ihr müssen die entscheidenden inhaltlichen Impulse zur Unterzeichnung des Koalitionsvertrages kommen, bei der die Partei einbezogen und mitgenommen werden muss. Und ebenfalls von ihr muss die inhaltliche Profilierung in den nicht mit SPD-Ministern besetzten Politikfeldern ausgehen.

Diesen inhaltlichen Fragen, der Umsetzung des Koalitionsvertrages, muss sich der SPD-Landesverband mit seinen Gremien und Gliederungen in erster Linie stellen.

Kein programmatisches „Beschäftigungsprogramm“ außerhalb dieser Aufgabe ist vonnöten, wenn wir unserer wichtigsten politischen Verantwortung gerecht werden wollen, sondern die Befassung mit unserem ureigenen politischen Auftrag. Und aus dieser Tätigkeit heraus erwächst dann auch die Grundlage für eine stärkere und eigenständige Kommunikationskompetenz der SPD, so wie die Wählerinnen und Wähler dies von uns bis 2009 auch erwarten.

Dass hier noch Vieles zu tun bleibt, ist offenkundig. Wo ist unsere Diskussion, nach dem 1/5 der Legislaturperiode vorüber ist, über die nächsten inhaltlichen Schritte und Vorhaben? Welchen Fahrplan geben wir uns selbst und was ist die inhaltliche Erwartung an unseren Koalitionspartner? Wo machen wir selbst inhaltliche Vorgaben, um aus der reaktiven Ecke herauszukommen? Sollten und müssten wir nicht wenigstens über einzelne dieser Fragen eine Befassung in unseren Gremien anstreben, bis hin zum Parteitag? Diese und weitere Fragen zeigen, was in Wirklichkeit inhaltlich vor uns liegt. Dies scheint wesentlich dringlicher zu sein, als die (offensichtlich schon beschlossene) Einberufung eines Zukunftskongresses zur Erarbeitung neuer Zukunftsthemen. Ein solches Vorgehen verlangte stattdessen eine Umstellung der politischen Arbeit in den meisten Gremien der Partei auf Landesebene. Und auch dies können diese Gremien letztlich nicht delegieren, sondern sich lediglich selbst als Vorhaben vornehmen und erarbeiten.

Dass diese, am konkreten Handeln ausgerichtete Arbeit weitaus schwieriger und konflikträchtiger ist als eine eher theorielastige Grundsatzdebatte über das Wünschbare liegt auf der Hand. Es ist allemal einfacher, über die Segnungen sächsischer Sozialdemokratie in Reinkultur zu philosophieren, als bisweilen auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen und zu vertreten. Gleichwohl darf sich die Partei hier nicht via Grundsatzdebatte aus der Verantwortung stehlen. Eine mögliche (Kommunikations-) Strategie, wonach die SPD die Regierungspolitik einerseits zwar mitträgt, andererseits via Grundsatzdebatte aber davon distanziert indem sie permanent deutlich macht, dass der SPD-Landesverband Sachsen eigentlich für eine ganz andere Politik steht, wäre von vornherein zum Scheitern verurteilt. Es kann und darf an dieser Stelle kein Auseinanderfallen in der SPD geben. Ein neu installierter

Generalsekretär würde – zumal nach der im Diskussionspapier skizzierten Aufgabenstellung – diese Gefahr übrigens noch vergrößern.

Bleibt abschließend noch die Suche nach einer Antwort auf die kommunikativen Defizite und die Frage, ob die im Diskussionspapier vorgeschlagenen strukturellen Veränderungen dafür eine Lösung sind.

Die Frage eines politischen Geschäftsführers kann nicht nur mit dem Verweis auf unsere früheren negativen Erfahrungen beantwortet werden. Ebenso wenig begründet sich seine Notwendigkeit oder Berechtigung schon allein dadurch, dass die CDU über eine solche Funktion (erfolgreich oder nicht) verfügt. Im Vordergrund muss vielmehr zunächst eine andere Frage stehen: Nämlich, ob die Funktion eines Generalsekretärs überhaupt geeignet ist, die wichtigsten politischen und kommunikativen Defizite auszugleichen.

Schlüssel zur Beantwortung dieser Frage ist der Gegenstand der politischen und kommunikativen Arbeit selbst. Wenn es richtig ist, dass das Kernstück der politischen Arbeit, die vor uns liegt, die weitere inhaltliche Umsetzung des Koalitionsvertrages ist, so muss auch die kommunizierende Person hierzu eine quasi tägliche Nähe haben. Dies richtet den Blick automatisch auf unsere beiden Minister und auf die Mitglieder der Landtagsfraktion. Eine Person von außen, die mehr ist als ein zeitweilig bestelltes Sprachrohr des Landesvorsitzenden (und mehr ist Herr Kretschmer nicht), bedürfte ohne Zweifel der täglichen Einbindung in die Landespolitik.

Auch stellt sich die Frage, ob die kommunikative Arbeit nicht ohnehin aus den gegebenen Strukturen in Regierung und Fraktion geleistet werden kann und muss. Natürlich wäre es bequem, dabei auf eine „externe Stelle“ verweisen zu können. Dies widerspricht jedoch über das oben benannte Argument hinaus auch der mit der Amts- und Mandatsvergabe verbundenen und erwünschten personellen Profilierungsnotwendigkeit. Nicht der Ruf nach außen ist deshalb das Gebot der Stunde, sondern die Frage, was innerhalb von Regierung und Fraktion und deren Zusammenspiel verändert werden muss, um die Kommunikation passfähig zur politischen Handlungsebene entwickeln zu können. Und dies bedarfsweise auch konfrontativ gegen den Koalitionspartner. Die Gefahr, dass demgegenüber die Einrichtung eines (externen) Generalsekretärs lediglich als bequeme Scheinlösung fungiert, ist deshalb nicht von der Hand zu weisen.